

Antrag 39/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Keine Spekulation mit Leerstand bei gewerblichen Flächen – Länder und Kommunen handlungsfähig machen**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für
 2 die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage einzusetzen,
 3 mit der Länder und Kommunen wirksam gegen den spe-
 4 kulativen Leerstand von Gewerbeflächen vorgehen kön-
 5 nen.

6
 7 Entsprechend soll die Bundesregierung auf Drängen der
 8 SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf entwickeln
 9 und vorlegen, der Ländern und Kommunen ermöglicht:

- 10 1. ein verpflichtendes Leerstandsregister für gewerbli-
 11 che Flächen einzuführen,
- 12 2. Gebühren oder Abgaben auf dauerhaft leerstehen-
 13 de Gewerbeeinheiten zu erheben,
- 14 3. Zwischennutzungen rechtssicher zu erleichtern und
 15 zu fördern.

16

17

Begründung

18 Ziel ist es, Innenstädte und Ortszentren zu beleben, Nah-
 19 versorgung und Arbeitsplätze zu sichern und spekulati-
 20 ven Leerstand einzudämmen: Längerer Leerstand von Ge-
 21 werbeflächen schadet der Stadtentwicklung und öffnet
 22 Spekulation Tür und Tor. Ein bundesweites Gesetz schafft
 23 in Deutschland die notwendige Rechtsgrundlage, damit
 24 Länder und Kommunen aktiv gegen Gewerbeleerstand
 25 vorgehen können.

26

27
 28 "Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für
 29 die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage einzusetzen,
 30 mit der Länder und Kommunen wirksam gegen den spe-
 31 kulativen Leerstand von Gewerbeflächen vorgehen kön-
 32 nen. Entsprechend soll die Bundesregierung auf Drängen
 33 der SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf entwi-
 34 ckeln und vorlegen, der Ländern und Kommunen ermög-
 35 licht:

36

- 37 1. ein verpflichtendes Leerstandsregister für gewerbli-
 38 che Flächen einzuführen,
- 39 2. Abgaben auf länger als zwei Jahre leerstehende Ge-
 40 werbeeinheiten zu erheben,
- 41 3. Zwischennutzungen für andere Gewerbe oder für
 42 weitere, gemeinwohlorientierte Zwecke bei

43

44 den unter Punkt 2 genannten Gewerbeeinheiten rechtssi-
 45 cher zu erleichtern und zu fördern."